

Rat der Hansestadt Buxtehude

Wahlperiode 2016 - 2021

PROTOKOLL

45. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Ortschaftsangelegenheiten und Umweltschutz

Tag: 02.06.2020
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:15 Uhr
Ort: Pioneer Sitzungssaal, Apensener Str. 196 (Zugang Parkplatz), Buxtehude

Anwesende Mitglieder

Vorsitz im Gremium

Herr Thomas Sudmeyer - SPD

Ratsmitglieder

Frau Astrid Bade - SPD

Frau Arnhild Biesenbach - CDU

Herr Ulrich Felgentreu - B 90/Die Grünen

Herr Bodo Klages - BBG/FWG

Vertretung für: Herrn Wilfried Peper

Herr Benjamin Koch-Böhnke - DIE LINKE

Herr Christian Krüger - SPD

Herr Thomas Lange - B 90/Die Grünen

Frau Susi Milewski - CDU

Herr Olaf Riesterer - CDU

Herr Helmut Wiegers - AfD

Nicht-Ratsmitglieder

Frau Birte Gütersloh - hinzugewähltes Ausschussmitglied

Herr Gerrit Steffens - hinzugewähltes Ausschussmitglied

Gäste

Herr Sameluck - LK Harburg

Frau Fischer - LK Harburg

Herr Tyranowski - Sweco GmbH

Verwaltung

Herr Michael Nyveld - Erster Stadtrat

Frau Annette Mojik-Schneede - Fachgruppenleiterin

Frau Anja Latendorf - technische Angestellte Fg 61

Herr Johannes Kleber - Verwaltungsmitarbeiter

Frau Sophie Schröder - Protokollführerin

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner
3. Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 44. Sitzung vom 18.02.2020
4. Abfallwirtschaftszentrum Ardestorf - Antrag des LK Harburg
5. Bebauungsplan Nr. 107 "Gewerbegebiet West"
 - Abwägungsbeschluss
 - Satzungsbeschluss
6. Kostenfreier Busverkehr für die Bürgerinnen und Bürger Buxtehudes; Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 04.01.2020
7. Änderung des B-Plans 42 "Nördlich und Südlich der Harburger Straße - Bereich Rübker Straße / Kälberweideweg", sowie Überplanung von Gebieten nach § 34 BauGB; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.01.2020
8. Anfragen und Mitteilungen
 - 8.1. Behandlung von Anfragen
 - 8.2. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

zu 2 Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt. Die Fragestunde findet daher nicht statt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls des öffentlichen Teils der 44. Sitzung vom 18.02.2020

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses am 18.02.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10
Enthaltungen: 1

zu 4 Abfallwirtschaftszentrum Ardestorf - Antrag des LK Harburg

Herr Nyveld führt kurz in die Thematik ein und erinnert daran, dass in einer der vergangenen Sitzungen bereits über die Neuorganisation der Abfallwirtschaftsthematik zwischen dem LK Stade und dem LK Harburg informiert wurde. Das Abfallwirtschaftszentrum in Ardestorf konnte bislang von Einwohnern beider Landkreise genutzt werden. Dies ist ab dem kommenden Jahr nicht mehr möglich. Nach vielen Gesprächen hat man nunmehr eine Lösung finden können. Der entsprechende Bauantrag liegt der Verwaltung bereits vor.

Herr Sameluck stellt die Planungen anhand einer Präsentation vor. Geplant ist, östlich an das AWZ angrenzend eine Abfallannahmestelle für den LK Harburg einzurichten. Das Areal weist eine Fläche von knapp 6000 m² auf, wobei die Zuwegung mit knapp 3000 m² einen Großteil ausmacht. Es werden nur haushaltsübliche Mengen aller gängigen Müllarten zulässig sein.

Die gesamte Präsentation ist der Anlage 1 zu entnehmen.

Herr Riesterer und Herr Lange erkundigen sich nach der genauen Lage.

Herr Sameluck zeigt diese nochmals auf. Von der B3 aus kommend, die Straße des Realverbandes weiter geradeaus, befindet sich der Standort für die geplante Abfallannahmestelle des LK Harburgs.

Herr Felgentreu bemängelt, dass zukünftig 2 Anlagen mit dem gleichen Zielort vorhanden wären und kritisiert den zu hohen Flächenverbrauch.

Herr Koch-Böhnke erklärt, dass für ihn die Planung nicht nachvollziehbar ist und er einen Schildbürgerstreich darin sieht.

Herr Sameluck erwidert, dass seitens des LK Harburgs lange versucht wurde, eine gemeinsame Lösung mit dem LK Stade zu finden. Die Vorgaben des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes haben jedoch keine andere Lösung hergegeben.

Herr Wiegers erkundigt sich nach dem Zustand der Zuwegung und ob Regelungen hinsichtlich der Sanierung getroffen wurden.

Herr Sameluck erklärt, dass ein entsprechender Wegenutzungsvertrag vereinbart wird und ein Entgelt fällig wird, welches für notwendige Reparaturarbeiten eingesetzt werden soll.

Frau Biesenbach sieht in der Planung keinesfalls einen Schildbürgerstreich. Für sie ist hier eine wohnortnahe Lösung für die Bürger aus dem LK Harburg gefunden worden. Sie fragt, ob es die Annahmestelle von Bürgern aus dem gesamten LK Harburg genutzt werden kann und ob die Gebühren analog der Gebühren des LK Stade sind.

Herr Sameluck erklärt, dass alle Bürger aus dem LK Harburg diesen nutzen können und der LK Harburg andere Tarifstrukturen hat als der LK Stade. Genaueres zu den Gebührenerhöhen kann er jedoch noch nicht sagen.

zu 5 Bebauungsplan Nr. 107 "Gewerbegebiet West"
- Abwägungsbeschluss
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 2020/079

Frau Latendorf zeigt anhand einer Präsentation die Bebauungsplaninhalte und Festsetzungen des B-Plans auf, erläutert die Ziele und stellt abschließend die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung vor.

Frau Biesenbach erkundigt sich nach dem Grünstreifen und den darin befindlichen Kastanien östlich des Plangebietes und fragt, warum dieser nicht miteinbezogen wurde und wie der Bestand dort gesichert werden kann.

Frau Latendorf erwidert, dass eine Festsetzung dazu nicht notwendig war und es sich hier um einen einfachen und keinen qualifizierten B-Plan handelt.

Frau Mojik ergänzt, dass kein geltendes Baurecht geändert wird. Ziel des B-Plans ist es, die Fehlentwicklungen im Einzelhandel auszuschließen. Wenn qualifizierte Festsetzungen zur Grünfläche gewünscht sind, müssten genauso auch Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung, Geschossigkeit etc. getroffen werden.

Herr Koch-Böhnke merkt an, dass der von Frau Biesenbach angesprochene Grünstreifen eher einem kleinen Wald gleicht, der auch dem angrenzenden Seniorenheim und der Wohnbebauung zur Naherholung dient. Aus seiner Sicht muss dieser Bereich zwingend in der jetzigen Form erhalten bleiben.

Beschlussvorschlag:

1. Die in den Abschnitten 8.2 und 8.3 der Anlage B-2020/079 zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/079 aufgeführte Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 sowie Abs. 3 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ wird beschlossen.
2. Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ als Satzung und die Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß Anlagen A-2020/079 und B-2020/079 zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/079 beschlossen.
3. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 107 „Gewerbegebiet West“ treten die Festsetzungen des bisher geltenden Bebauungsplanes „Durchführungsplan für die Bebauung des Geländes zwischen Stader und Apensener Straße Nr. 01“ außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 6 Kostenfreier Busverkehr für die Bürgerinnen und Bürger Buxtehudes; Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 04.01.2020
Vorlage: 2020/010**

Herr Koch-Böhnke begründet seinen Antrag und nimmt dabei Bezug auf andere Kommunen und Länder, die kostenfreien Busverkehr bereits eingeführt haben.

Herr Kleber erklärt, dass der Antrag mit gleichem Wortlaut auch beim LK Stade eingegangen ist. Er selbst hat daraufhin das Gespräch mit dem LK Stade gesucht und berichtet, dass die Zuständigkeit für die im Antrag gestellten Fragen demnach beim LK Stade gesehen wird. Der zuständige Ausschuss des LK Stade hat sich mit der Thematik bereits befasst. Hinsichtlich des im Antrag hinterfragten Nutzens teilt Herr Kleber mit, dass die Ermittlung solcher Zahlen aufwendig und teuer wäre. Zudem wurde die Thematik zum kostenlosen ÖPNV bereits im vergangenen Jahr im Kreistag behandelt und auch dort wurde erklärt, dass Befragungen beim HVV ergeben haben, dass attraktive Angebote anstelle eines kostenfreien ÖPNV bei den Nutzern gewollt sind.

Weiterhin merkt Herr Kleber an, dass es einen Antrag gab, den vorliegenden Antrag nicht weiter zu behandeln und auf die Arbeitsgruppe des Gesamtverkehrskonzeptes des LK Stade verwiesen wurde. Abschließend macht er deutlich, dass die Hansestadt Buxtehude sich dem anschließt und aufgrund der Komplexität und der damit verbundenen Kosten zunächst einmal die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des LK Stade abgewartet werden sollten. Was den kostenfreien ÖPNV in anderen Kommunen betrifft, erklärt Herr Kleber, dass dort die Busbetriebe oftmals Eigenbetriebe der jeweiligen Kommune sind.

Frau Biesenbach merkt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht mittragen wird. Einen kostenfreien ÖPNV sieht sie in der derzeitigen Situation als unrealistisch an. Zudem möchte sie die Verwaltung von dem im Antrag geforderten Prüfauftrag entlasten.

Frau Bade befürwortet den Vorschlag von Herrn Kleber, dass zunächst die Arbeitsergebnisse des LK Stade zum Gesamtverkehrskonzept abgewartet werden sollen.

Herr Wiegers erklärt, dass die AFD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird.

Herr Klages möchte davor warnen, in der jetzigen Situation freiwillige Leistungen zu erhöhen und erklärt, dass die BBG/FWG Gruppe den Antrag ebenfalls ablehnen wird.

Herr Lange erklärt, dass für ihn Hintergrund des Antrages ist, den Klimaschutz zu fördern und den Kfz-Verkehr zu reduzieren und abgesehen von den Kosten, er dieses durch städtische Förderung auch unterstützt.

Frau Bade erklärt, dass auch die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Herr Koch-Böhnke verdeutlicht nochmals die Beweggründe seines Antrags und die Unterschiede zum Antrag an den LK Stade. Er hält den Prüfauftrag für realistisch und möchte damit eine Verkehrswende für Buxtehude herbeiführen.

Herrn Felgentreu ist es wichtig, den ÖPNV zu stärken, dennoch ist ihm der Prüfauftrag zu komplex. Er schlägt vor, die Ziele die im Verkehrsentwicklungsplan formuliert wurden, schneller umzusetzen und dann zu schauen, inwiefern noch anderweitig Alternativen geschaffen werden können.

Herr Nyveld merkt an, dass der ÖPNV eine wichtige Säule in der Verkehrsentwicklungsplanung ist und weiterhin daran gearbeitet werden muss, diesen zu stärken. Dies ist jedoch nicht Inhalt des Antrages sondern eine umfangreicher Prüfauftrag, mit dem Ziel zu klären, ob ein kostenfreier ÖPNV möglich ist.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 1
Nein- Stimmen: 10

**zu 7 Änderung des B-Plans 42 "Nördlich und Südlich der Harburger Straße - Bereich Rübker Straße / Kälberweideweg", sowie Überplanung von Gebieten nach § 34 BauGB; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.01.2020
Vorlage: 2020/014**

Herr Felgentreu begründet zunächst den Antrag und erklärt, dass der geplante Abriss des Lidl Verbrauchermarktes an der Harburger Straße der Auslöser dafür war. Für den jetzt geplanten Neubau hätte sich die Fraktion gewünscht, mehr Einfluss auf die städteplanerische Gestaltung nehmen zu können.

Frau Mojik zeigt anschließend anhand einer Folie den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 42 aus dem Jahre 1974 und seiner Änderungen auf und erklärt, dass er sich hinsichtlich seiner vorhandenen Verdichtung den heutigen B-Plänen anpasst. Weiterhin merkt sie an, dass eine Aufstellung nur erforderlich ist, wenn es die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erfordert. Der B-Plan Nr. 42 gewährleistet dies. Hinsichtlich des Lidl Neubaus gab es bereits Gespräche. Die Verkaufsfläche wird sich nicht wesentlich vergrößern, jedoch sind Anbauten geplant, die u.a. ein Cafe beherbergen. Auch die Außengestaltung des Verbrauchermarktes wird sich optisch verbessern.

Frau Mojik macht deutlich, dass eine Änderung des B-Plans dazu führen würde, dass jetzt vorhandene Baurechte dann teilweise nicht mehr vorhanden wären, da heute andere Rahmenbedingungen herrschen. Insbesondere betrifft das das Wohnen entlang von Straßenabschnitten. Hier müsse man sich mit dem Verkehrsaufkommen auseinandersetzen, ein Lärmschutz wäre unumgänglich und der Arbeitsaufwand enorm. Die Verwaltung empfiehlt daher, den B-Plan nicht zu ändern, da er mit den jetzigen Festsetzungen bereits eine gute Grundlage bildet.

Frau Bade befürwortet die Empfehlung der Verwaltung und erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Herr Felgentreu stellt klar, dass es seiner Fraktion lediglich um den Lidl-Neubau und einer damit verbundenen besseren Gestaltung ginge. Er bedankt sich für die von Frau Mojik gemachten Erläuterungen.

Herr Koch-Böhnke erklärt ebenfalls, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Herr Felgentreu erklärt daraufhin, dass er den Antrag zurückzieht. Er würde sich wünschen, dass die Thematik nochmals intern mit der Verwaltung erörtert werden kann.

zu 8 Anfragen und Mitteilungen

zu 8.1 Behandlung von Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

zu 8.2 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Mitteilungen liegen nicht vor.